

Österreich

Paul Luif

In Österreich verlief die EU-Politik 2004/2005 eher in ruhigen Bahnen. Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, die im April 2004 bei den Wahlen zum Bundespräsidenten unterlegen war, wurde im November 2004 zur Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik bestellt. Damit hat eine Österreicherin, nach der zehnjährigen Amtszeit von Franz Fischler als Kommissar für Agrarpolitik, wieder eine besonders prestigereiche Position in der Europäischen Kommission erhalten. Mit dem Inkrafttreten des Verfassungsvertrages sollte Ferrero-Waldner ihre Kompetenzen für Außenbeziehungen an Javier Solana verlieren; durch die Schwierigkeiten mit der Ratifizierung wird sich dies zumindest verzögern.

Innenpolitisch kam es zu parteipolitischen Änderungen. Die Parteispitze der Freiheitlichen Partei spaltete sich anfangs April 2005 von der Partei ab und kündigte die Gründung einer neuen Partei mit dem Namen „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) an. An die Spitze der neuen Bewegung, die sich als Dachverband und nicht mehr als traditionelle Partei sieht, stellte sich der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider. Im Kontrast zur FPÖ-Partei farbe Blau präsentiert sich das BZÖ in Orange. Im Parlament verkündeten die freiheitlichen Abgeordneten, dass Personen und Inhalte gleich geblieben seien und sie daher das ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm weiter unterstützten werden.¹

Die EU-Erweiterung

Nach der mit überwältigender Mehrheit erfolgten Zustimmung des Nationalrates (3. Dezember 2003) und des Bundesrates (18. Dezember 2003) zu den EU-Erweiterungsverträgen, nur jeweils zwei Abgeordnete der FPÖ stimmten dagegen, hat sich die Hektik des EU-Erweiterungsprozesses in Österreich gelegt. Ohne Zweifel hat die österreichische Wirtschaft von den höheren wirtschaftlichen Wachstumsraten der mittel- und osteuropäischen Staaten profitiert, die am 1. Mai 2004 Mitglieder der EU wurden. So zeigen Wirtschaftswissenschaftler auf, dass durch die Erweiterung Österreich mehr zusätzliches Wachstum erreicht als etwa Schweden und Finnland.² In Meinungsumfragen ergab sich jedoch eine deutliche Skepsis gegenüber den Erweiterungsprozessen. Die Frage der „Arbeitsplatzgefährdung durch neue EU-Bürger“ sahen 77 Prozent der Österreicher als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ an, bei Experten wurde diese Frage hingegen zu 67 Prozent als „weniger wichtig“ oder „gar nicht wichtig“ angesehen.³ Berichte in den Medien über die

1 Spaltung der österreichischen Freiheitlichen. Haider gründet eine neue Partei, in: Neue Zürcher Zeitung, 5.4.2005.

2 Vgl. die Grafik 8 auf S. 37 in Fritz Breuss: Austria, Finland and Sweden after 10 Years in the EU: Expected and Achieved Integration Effects, Europainstitut Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Mai 2005 (= EI Working Paper No. 65).

3 Siehe Herbert Krejci: Grundlagen des Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union und dem Euro, Arbeitsgemeinschaft für Informations- und Medienforschung, Wien, Oktober 2004, S. 51. Die Daten beruhen auf einer allgemeinen Meinungsumfrage vom April/Mai 2004 (N=1300) sowie auf einer Expertenbefragung vom Mai/Juni 2004 (N=31).

Zunahme der Kriminalität aufgrund der EU-Erweiterung, zum Beispiel über das Auftauchen von organisierten „Bettlerbanden“,⁴ verstärkten wahrscheinlich die negative Einstellung in der Bevölkerung zur EU im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Kriminalität.

In Eurobarometer-Meinungsumfragen schlug sich die Skepsis bei der Frage nach zukünftigen Erweiterungen nieder, wo Österreich das EU-Schlusslicht bildete. Männer waren dabei skeptischer als Frauen. Ältere Menschen, Arbeiter und Menschen mit Pflichtschulabschluss tendierten zu größerer Gegnerschaft.⁵ Im Gegensatz dazu zeigten Umfragen im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, dass der Bevölkerung in den grenznahen Gebieten sehr wohl die Vor- und Nachteile der Ostöffnung bewusst waren. So wurden deutliche Verbesserungen für den Tourismus und das nachbarschaftliche Verhältnis erwartet. Mit einer negativen Entwicklung wurde hingegen bei der Kriminalität und am Arbeitsmarkt gerechnet. In den Bundesländern waren die Stimmungen zum EU-Beitritt der Nachbarländer äußerst unterschiedlich: So begrüßte eine klare Mehrheit der Steirer (74 Prozent) den Beitritt Sloweniens. Auch eine überwältigende Mehrheit der Burgenländer freuten sich über die Aufnahme Ungarns (65 Prozent). Das schwierigste Verhältnis zum neuen EU-Nachbarn hatten die Oberösterreicher. Von ihnen begrüßten nur 38 Prozent die Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU.⁶

Ein Problembereich, das die an die neuen EU-Mitgliedstaaten grenzenden Bundesländer betrifft, ist die Zukunft der Strukturhilfe im Zusammenhang mit der Kohäsionspolitik in grenznahen Regionen. Mit dem Auslaufen der Finanzperiode 2006 droht ein Ungleichgewicht in der finanziellen Unterstützung von grenznahen Gebieten in alten und neuen Mitgliedstaaten, wobei nach Ansicht Österreichs ein zu hohes Fördergefälle entstehen könnte. Während in den östlichen Nachbarländern Betriebe künftig hohe Förderungen erhalten, laufen nicht nur die bisherigen EU-Förderungen in so genannten Ziel 1- und Ziel 2-Gebieten mit 2007 aus. Auch Österreich selbst soll in Zukunft seine Unternehmen in strukturschwachen Gebieten nicht mehr fördern dürfen.⁷

Für Missmut sorgte in Österreich ein im Juni 2005 in Bratislava präsentiertes Pilotprojekt, wodurch slowakischen Arbeitslosen, die aus eigener Initiative eine Arbeitsstelle in einem der Nachbarländer finden, die entstandenen Reisekosten zum Teil zurückerstattet werden sollen. Jeder Anwärter muss dabei seinen Wohnsitz in einem der slowakischen Grenzbezirke haben, muss mindestens drei Monate beim Arbeitsamt registriert sein und darf nur einen Job in der Grenzregion eines der vier Nachbarländer Polen, Ungarn, Österreich oder Tschechien annehmen. Die Summe, mit der die entstandenen Reisekosten zurückerstattet werden, ist mit rund 50 Euro monatlich und drei Monaten limitiert.⁸

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Besonders heikel für Österreich war die Frage des Beginns von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Innenpolitisch sprachen sich von der Opposition die Bundes-SPÖ gegen einen Beginn von Beitrittsverhandlungen aus, hingegen begrüßte die Wiener SPÖ den Beginn. Die

4 Thomas Hartl: Oberösterreich: Betteln nur mit Genehmigung, in: Die Presse, 3.7.2004.

5 Eurobarometer 62, Herbst 2004, Nationaler Bericht Österreich, S. 46.

6 Wolfgang Böhm: Umfrage: Ein emotionales, kein rationales Problem, in: Die Presse, 3.7.2004.

7 Wolfgang Böhm: EU: Österreich droht Förder-Vakuum, in: Die Presse, 19.2.2005.

8 Renata Kubicová: Slowakei unterstützt Pendler ins Nachbarland, in: Der Standard, 14.6.2005 und Maurin Picard, Bratislava paie ses chômeurs pour partir. La République slovaque incite ses ressortissants à trouver du travail chez ses voisins, in: Le Figaro, 17.6.2005.

Grünen plädierten als einzige Partei für Verhandlungen mit dem klar definierten Ziel eines EU-Beitritts der Türkei. Bei der großen Regierungspartei ÖVP nahm Bundeskanzler Schüssel sowohl in der EU als auch insbesondere im eigenen Land eine Mittelposition ein. Wie die neue Außenministerin Ursula Plassnik (ÖVP) bereits bei ihrem Amtsantritt im Oktober 2004 deutlich gemacht hatte, wolle die ÖVP zwar für Verhandlungen eintreten, damit aber keinesfalls einen Automatismus in Gang setzen, der unweigerlich zum EU-Beitritt der Türkei führt. Die kleine Regierungspartei FPÖ war grundsätzlich gegen die Beitrittsverhandlungen, war aber bereit, Verhandlungen mit offenem Ausgang zu akzeptieren. Jörg Haider hatte sich hingegen dezidiert für einen türkischen EU-Beitritt ausgesprochen.⁹

Bundeskanzler Schüssel übernahm am Europäischen Rat, 16./17. Dezember 2004 in Brüssel, eine heikle Schlüsselfunktion. Die Europäische Volkspartei (EVP) hatte ihn zu ihrem Türkei-Koordinator bestellt. Wien entwickelte für die Verhandlungen mit Ankara ein völlig neues Konzept mit strikten Auflagen. Von besonderer Bedeutung war dabei die Vereinbarung, nicht nur auf den Abschluss der einzelnen Verhandlungskapitel zu achten, sondern auch danach deren wirkliche Umsetzung zu überprüfen. In den Text wurden bestimmte Ausnahmen vom EU-Vertrag für die Türkei – etwa bei der Migration – hineinreklamiert. Bei den vereinbarten Schutzklauseln wird viel von der Kommission mit ihrem Initiativrecht abhängen.¹⁰ Bundeskanzler Schüssel kündigte nach der EU-Einigung auf den Start von Beitrittsgesprächen mit der Türkei eine Volksabstimmung in Österreich an.¹¹ Eine Umfrage des Instituts für Europäische Sicherheitspolitik zeigt Ende 2004, dass 75 Prozent der Österreicher die Türkei für ungeeignet halten, Mitglied der EU zu werden. Nur 14 Prozent unterstützten einen Beitritt.¹²

Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten

Die seit 2000 bestehende „Regionale Partnerschaft“ zwischen Österreich und seinen Nachbarn Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn hat durch den EU-Beitritt dieser Länder neue Relevanz erhalten. So stellten die sechs Regionalen Partner im Juli 2004 ein gemeinsames Konzept für die weitere Entwicklung des Kosovo vor. Der vorgeschlagene Lösungsansatz sieht eine Dezentralisierung des Kosovo und die Übertragung zusätzlicher Rechte an die serbische Minderheit vor, indem die Gemeindeebene gestärkt werden soll, ohne jedoch die Reichweite der Kompetenzen zu spezifizieren. Die Status-Frage des Kosovo wird im Papier dezidiert ausgeklammert. Außenministerin Ferrero-Waldner musste sich die Frage gefallen lassen, ob ihr Konzept der Dezentralisierung dem von Serbien vorgelegten Prinzip der Kantonisierung nicht auffällig ähne. Polen und in abgeschwächtem Maße Slowenien hatten bis dahin eine Politik verfolgt, die vor allem der albanischen Bevölkerungsmehrheit in der südserbischen Provinz entgegenkam. Tschechien und die Slowakei wiederum standen am anderen Ende des Spektrums. Durch die Berücksichtigung dieser Positionen sei das Papier ausbalanciert, gleichzeitig aber nicht sehr akzentuiert, meinten dazu EU-Diplomaten.¹³

9 Geringe Türkei-Begeisterung in Wien. Divergierende Positionen innerhalb der Regierung, in: Neue Zürcher Zeitung, 15.12.2004.

10 Analyse: Echte und vermeintliche Hürden, in: Die Presse, 18.12.2004.

11 Wolfgang Böhm / Andreas Schnauder: EU: Schüssel fordert österreichische Volksabstimmung über Türkei, in: Die Presse, 18.12.2004.

12 EU: Österreich wird Speerspitze gegen Türkei, in: Die Presse, 3.12.2004

13 Andreas Schnauder: Regionale Partnerschaft: Ferrero-Waldners Kosovo-Ambitionen im Blickpunkt, in: Die Presse, 23.7.2004.

Die neue Außenministerin Plassnik betonte, dass sie die Regionale Partnerschaft „lebendig machen“ wolle.¹⁴ Am Außenministertreffen der Regionalen Partnerschaft in Warschau, 12. Januar 2005, traten die sechs Außenminister für ein effizientes EU-Krisenmanagement im Gefolge der Tsunami-Katastrophe in Südostasien ein. Sie forderten schnell verfügbare EU-Konsularteams und schnelle Hilfs- und Rettungseinheiten der Union. Die Vertreter der Partnerschaftsstaaten begrüßten auch die freien und demokratischen Wahlen in der Ukraine und die Rolle der polnischen und internationalen Vermittler. Die Ukraine solle jetzt schrittweise an die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Union herangeführt werden. Dazu wollen die Staaten der Regionalen Partnerschaft durch zwischenstaatliche Projekte mit der Ukraine beitragen.¹⁵ 2006 wird Ungarn die Arbeit der Regionalen Partnerschaft koordinieren. Da Ungarn ab Mitte 2005 zugleich Vorsitzender der Visegrád-Gruppe ist, die aus Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen besteht, wird dies möglicherweise zu einer weiteren Annäherung in der Arbeit der beiden Gruppierungen führen.

Eine besonders aktive regionale Zusammenarbeit gibt es seit 2000 im „Forum Salzburg“ (oder „Salzburg-Gruppe“) der Innenminister der sechs Partnerstaaten. Beim jährlichen Treffen in Fuschl bei Salzburg am 16. Juli 2004 verständigten sich die Innenminister darauf, den Zeitraum bis zur vollen Teilnahme der neuen EU-Staaten am Schengen-System so kurz wie möglich zu halten.¹⁶ Verträge zur Vertiefung der Polizeizusammenarbeit von Österreich mit Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Tschechien werden im Jahre 2005 in Kraft treten. Sie schaffen die Rechtsgrundlage für den polizeilichen Informationsaustausch und erleichtern die operationelle grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Darüber hinaus enthalten sie bereits Kooperationsmechanismen aus dem Schengener Regelungswerk wie die grenzüberschreitende Observation und Nacheile sowie die vertiefte Verpflichtung zur polizeilichen Amtshilfe.

Österreich ging in der Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit aber noch einen Schritt weiter. Am 27. Mai 2005 unterzeichnete Österreich gemeinsam mit Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Spanien den „Schengen III“-Vertrag zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Prüm, Deutschland. Auf der Grundlage des „Prümer Vertrages“ wird den teilnehmenden Staaten künftig ein automatisierter Abruf von DNA-Profilen, offenen DNA-Spuren, Fingerabdrücken und Fahrzeugregisterdaten aus den Datenbanken der Partnerstaaten ermöglicht. Nach Innenministerin Liese Prokop (ÖVP) ist „Schengen III“ der „engste multinationale Verbund, den es in der inneren Sicherheit weltweit gibt“. Er werde die „Verhinderung und Aufklärung von Straftaten und den Kampf gegen den Terrorismus wesentlich erleichtern“.¹⁷

Der Verfassungsvertrag

Am 11. Mai 2005 stimmte der Nationalrat bei lediglich einer Gegenstimme (von Barbara Rosenkranz, Freiheitlicher Parlamentsklub) für die Genehmigung des EU-Verfassungsvertrages, die für die Ratifizierung benötigte Zwei-Drittel-Mehrheit wurde damit bei weitem übertroffen. Die Abgeordneten der Regierungsparteien und der Opposition bekannten sich einmütig zur Verfassung, die den „Weg für ein friedliches, soziales und demokrati-

¹⁴ Schlüssel zu Plassnik: „Europaministerin“, in: Die Presse, 19.10.2004.

¹⁵ Presseaussendung des österreichischen Außenministeriums, 12.1.2005.

¹⁶ Claudia Lagler: Forum Salzburg: Schengen: Innenminister steigen aufs Gas, in: Die Presse, 17.7.2004

¹⁷ Presseaussendung des österreichischen Innenministeriums, 27.5.2005.

shes Europa“ ebne, wie Bundeskanzler Wolfgang Schüssel betonte. Bezüglich der vereinzelt vorgebrachten Forderung nach einer Volksabstimmung verwies der Kanzler auf seinen Vorschlag, ein gesamt europäisches Votum vorzusehen und bedauerte, dass diese Initiative in der EU kein Gehör fand.¹⁸ Bei der Abstimmung zur EU-Verfassung im Bundesrat am 25. Mai 2005 stimmten nicht nur zwei FPÖ-Abgeordnete, John Gudenus und Peter Böhm gegen das Vertragswerk, sondern auch der Kärntner BZÖ-Bundesrat Siegfried Kampl.¹⁹ Kärntens Landeshauptmann Haider forderte die EU-Verfassung in Österreich einer Volksabstimmung zu unterziehen, fand dafür keine Unterstützung bei den Politikern, obwohl auch einige Rechtswissenschaftler ein Referendum befürworteten.²⁰ Trotz des negativen Ausgangs der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden unterzeichnete Bundespräsident Heinz Fischer am 14. Juni 2005 die Ratifikationsurkunde für den EU-Verfassungsvertrag; damit wurde in Österreich auch formell das Ratifikationsverfahren abgeschlossen.

Die angesprochene Ablehnung der EU-Verfassung führte anfangs Juni 2005 in Österreich zu Diskussionen über die EU innerhalb und zwischen den Parteien. SPÖ-Partei-vorsitzender Alfred Gusenbauer forderte einen Erweiterungsstopp und einen Ratifizierungsstopp für die Verfassung.²¹ Der neue Chef der Gewerkschaft der Privatangestellten, Wolfgang Katzian, kritisierte in einer ORF-Diskussion scharf die „Bürokraten in Brüssel“.²² Bei der Debatte in einer Aktuellen Stunde im Nationalrat am 8. Juni 2005 meinte Alfred Gusenbauer, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik an die Spitze gesetzt werden sollte und dass die EU-Verfassung durch eine bessere ersetzt werde. Viele Menschen hätten den Eindruck, „dass die EU keinen ausreichenden Schutz gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung bietet“. Die Rede des FPÖ-Abgeordneten Reinhard Bösch ging in eine ähnliche Richtung. Europa brauche mehr Vertiefung als Erweiterung und müsse den negativen Auswirkungen der Globalisierung kraftvoll begegnen. Die Grünen forderten eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik. Die EU sollte dem „ruinösen Standortwettbewerb“ begegnen, so die stellvertretende Grünen-Chefin Eva Glawischnig.

Bundeskanzler Schüssel warnte hingegen vor einer völligen Neuorientierung. Denn jetzt gelte es, nicht eine Kehrtwende, sondern eine kluge Weiterentwicklung einzuleiten. Schüssel erinnerte daran, dass es bisher einen parteiübergreifenden Konsens in wichtigen europapolitischen Fragen gegeben hatte. Andere Länder hätten das nicht, und deren innere Situation sei auch ein Teil der Erklärung für das Nein.²³ Bundespräsident Heinz Fischer übte in einem Zeitungsinterview Kritik an der SPÖ und deren neuen EU-Kurs: „Einem Populismus, der sagt, ‚die Luken in Europa dicht machen, da kommt uns keiner mehr herein, wir sind drin und das genügt uns‘, dem trete ich eindeutig entgegen.“²⁴

18 Siehe Österreichisches Parlament ratifiziert EU-Verfassung. Verfassungsvertrag mit einer Gegenstimme angenommen, Parlamentskorrespondenz, 11.5.2005, Nr. 366.

19 Keine Überraschung im Bundesrat: EU-Verfassung ratifiziert, in: diepresse.com, 25.5.2005 [Internet].

20 Siehe Manfred Rotter: Wider die apokalyptischen Reiter der EU-Verfassung. Kommentar der anderen, in: Der Standard, 11.5.2005 und Robert Benedikt: Kärnten: Volksabstimmung: Jörg Haider allein zu Haus, in: Die Presse, 24.5.2005.

21 SPÖ: EU-Kehrtwende diskutieren. Hannes Swoboda sieht „besonderen Nachholbedarf“ Österreichs, in: Der Standard, 7.6.2005.

22 So der kritische Kommentar von Eva Linsinger: Die roten Europa-Populisten, in: Der Standard, 7.6.2005.

23 SPÖ/FPÖ: EU-kritische Allianz, in: Die Presse, 9.6.2005.

24 Fischer kritisiert EU-Kurs der SPÖ, in: Der Standard, 18./19.6.2005.

Weitere Themenbereiche

In Österreich selbst hatte die Bundesregierung im Mai 2003 einen „Österreich-Konvent“ zur Diskussion einer grundlegenden Staats- und Verfassungsreform eingerichtet, an dem über 70 Personen von den politischen Parteien, Interessensvertretungen und der Wissenschaft teilnahmen. Nach intensiver Diskussion legte im Januar 2005 der Vorsitzende des Konvents, Franz Fiedler, einen Textentwurf für eine neue Bundesverfassung vor. Dieser wurde am 28. Januar 2005 auf der letzten Sitzung des Österreich-Konvents diskutiert. Es wurde jedoch keine Einigung über den Text erzielt, insbesondere die Bundesländer wollten Änderungen. Ein eigener Ausschuss des Nationalrates soll sich nun mit 1200-Seiten-Konvolut befassen.²⁵

Am 15. Mai 2005 gedachte Österreich mit einem Festgottesdienst im Stephansdom, einem Festakt und einem Volksfest im Schloss Belvedere der Unterzeichnung des Staatsvertrages vor genau 50 Jahren. Die Vertreter der vier Signatarstaaten, die Außenminister Russlands und Frankreichs, Sergej Lawrow und Michel Barnier, der britischen Europa-minister Douglas Alexander und der frühere US-Senator Rudy Boschwitz, gratulierten Österreich und unterstrichen die guten Beziehungen zu ihren Ländern.

2004/2005 liefen in Österreich intensive Vorbereitungen für die EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 an. Das Präsidentschaftsprogramm wird in enger Abstimmung mit Finnland gestaltet, das in der zweiten Jahreshälfte 2006 die Präsidentschaft übernehmen wird. Zur Unterstützung der Außenministerin wurde anfangs Juli 2005 Botschafter Hans Winkler zum Staatssekretär im Außenministerium bestellt.

Weiterführende Literatur

- Sylvia Kritzinger / Irina Michalowitz: Party Position Changes through EU Membership? The (Non)Europeanisation of Austrian, Finnish and Swedish Political Parties, Institut für Höhere Studien/Institute for Advanced Studies, Wien/Vienna, April 2005. (=Reihe Politikwissenschaft/ Political Science Series 103).
- Jacques Le Rider / Nicolas Levrat (Hrsg.): La crise autrichienne de la culture politique européenne, P.I.E.-Peter Lang, Brüssel 2004.
- Manfred Scheich: Tabubruch. Österreichische Entscheidung für die Europäische Union, Böhlau, Wien 2005 (=Schriftenreihe des Herbert-Batliner-Europainstitutes, Band 9).
- Christoph Thun-Hohenstein / Franz Cede / Gerhard Hafner: Europarecht. Ein systematischer Überblick mit den Auswirkungen der EU-Erweiterung, 5. Auflage, Manz, Wien 2005.
- Svila Tributsch / Peter A. Ulram: Kleine Nation mit Eigenschaften. Über das Verhältnis der Österreicher zu sich selbst und zu ihren Nachbarn, Molden, Wien 2004.

²⁵ Für weitere Information siehe die Homepage des Konvents (www.konvent.gv.at).